

Das böse Erwachen kommt nach der Wahl

Was uns vor der Wahl verschwiegen wird:

BEVÖLKERUNGS
AUUSTAUCH
MAULKORB
EURO SOLI
FAMILIEN
NACHZUG
VERSCHUL
DUNG
ITALIEN
KRISE
WAHNSINN
KLIMA
GRIE
CHEN
LAND
PLEITE
FLÜCHTLINGS
ANSTURM
BAD BANK
BANKENUNION
KRIEGSEINSÄTZE
INTEGRATIONSLÜGE
SÖLDNER
DIENSTE

»Man kann sich nicht darauf verlassen, daß das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch wirklich nach den Wahlen gilt ...«

Das offene Wort

Ein tolles Zirkusprogramm

Zirkusliebhaber bestaunen Saltos, Zaubertricks, Verwandlungskünstler und Clowns.

Aber man muß nicht in den Zirkus zu gehen, um solches zu genießen, der tägliche Blick auf den Wahlkampf genügt.

Als wir den Inhalt dieser UN-Ausgabe planten, waren wir überzeugt: Die wahren Probleme der Zukunft und die unabsehbaren Folgen ihrer verfehlten Politik verschweigen die etablierten Parteien im Wahlkampf – einig bis nach der Wahl. Aber wir haben uns geirrt und staunen:

Der SPD-Kandidat *Schulz* erweist sich als Salto-, Zauber- und Verwandlungskünstler in einer Person.

Er tourt durch die Lande, bis nach Italien, um vor einer neuen Flüchtlingsflut zu warnen.

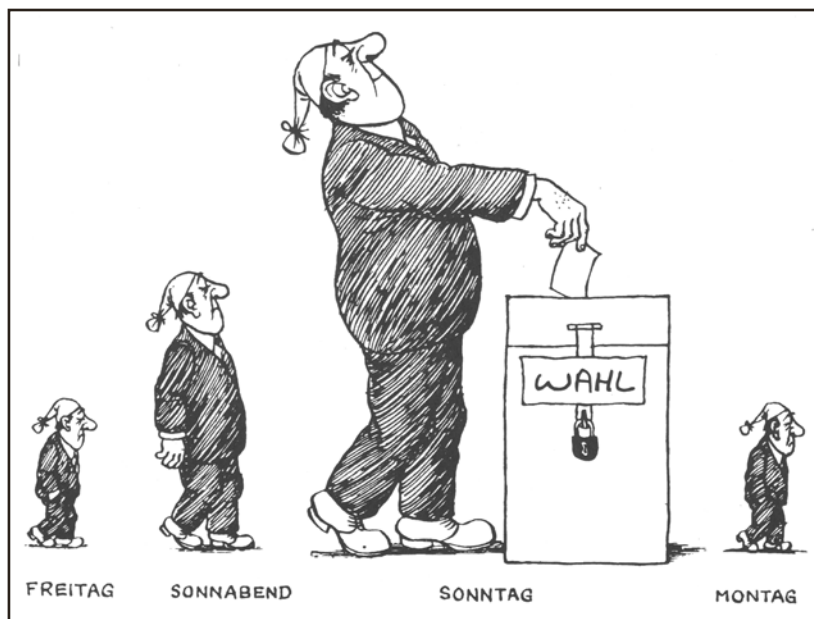
Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Wird die SPD, die jahrelang eine grenzenlose »Willkommenskultur« gepredigt, *Merkels* Einladungspolitik gelobt und als Regierungspartei mitgetragen hat, plötzlich »fremdenfeindlich«?

Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb am 25.7.2017 auf ihrer Internetseite:

»Der Kanzlerkandidat der SPD warnt angesichts der vielen Menschen, die derzeit in Italien ankommen, vor einem zweiten Krisensommer. Es sind kaum noch Kriegsflüchtlinge, die meisten sind Migranten aus Afrika. Kanzlerin Merkel müsse reagieren, fordert Schulz.«

Wird ihm jemand auf den Leim gehen? fragt sich Ihre

Sabine Möller



Einig im Verschweigen!

Der CSU-Vorsitzende *Seehofer* hat es auf den Punkt gebracht. Auf die Frage nach den Wahlkampfzielen der Union erklärte er:

»Jetzt geht es mir vor allem darum, durch kluge Politik vielleicht noch zu erreichen, daß wir die AfD unter die Fünf-Prozent-Hürde drücken. [...] Ich will die AfD schwächen und nicht füttern.«

Das ist der Grund, warum die wirklich drängenden Probleme unter dem Tisch gehalten werden. Kein Wort über

- die kommenden noch viel höheren Kosten für die »Flüchtlingspolitik«, zur Zeit auf etwa 30 Milliarden Euro jährlich geschätzt; zzgl. »Integrations«, Folge- und Ausbildungskosten, Sozial- und Gesundheitskosten, hunderttausendfaches Familiennachzugsrecht statt Rückführung und Abschiebung,

- die schon bestehende Gemeinschaftshaftung für europäische Pleitestaaten und Pleitebanken, die noch ausgeweitet werden soll, würde schon heute den Bundeshaushalt sprengen, wenn der Ernstfall eintreten würde,

- die kommenden noch höheren Ausgaben für »Europa«, um das

zerbröckelnde Eurotopia auf unsere Kosten zusammenzuhalten. Bisher zahlen wir an die EU netto 15 Milliarden jährlich, Frankreich, Italien und andere fordern noch wesentlich mehr,

- die kommenden höheren Rüstungsausgaben, weil irgendwer vereinbart hat, dafür müßten wir zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zahlen, also statt zur Zeit rund 37 Milliarden Euro demnächst über 62 Milliarden pro Jahr.

Das sind nur vier Beispiele aus der Fülle der Zukunftsprobleme, die von den Parteien im Wahlkampf in großer Einigkeit verschwiegen werden, um ihre Wähler in Sicherheit zu wiegen. Das böse Erwachen kommt nach der Wahl!

ZUM NACHDENKEN:

»Wahlversprechen sind keine Versprechungen, sondern Versprecher. Ich schwöre, mich daran zu halten.«

Unser Vorschlag für eine neue Eidesformel bei der Vereidigung der Regierenden

Die politischen Hütchenspieler



In unseren Fußgängerzonen findet man sie nicht mehr, die Hütchenspieler – dafür aber in den deutschen Parlamenten und Parteien.

Das Hütchenspiel ist eine besonders perfide Art des Trickbetruges. Der ahnungslose Mitspieler glaubt, daß er durch aufmerksames Beobachten den schnellen Bewegungen des Spielleiters folgen könnte. Theoretisch ja, da aber auch noch gleichzeitig manipuliert wird, sind die Gewinnchancen gleich null!

Genau nach dieser Methode verfahren die etablierten Parteien vor der Bundestagswahl.

Sie manipulieren Probleme komplett weg, verschieben sie oder reden sie klein. Wir können gar nicht so schnell gucken, wie Parteien und Medien uns seit Wochen eine heile innenpolitische Welt vorgaukeln, die frei von Ängsten und Nöten ist. Die

Probleme, die die Bürger wirklich beschäftigen, werden komplett ausgeblendet. Friede und Wohlergehen über alles! Wer dies anders sieht, verbreitet »Fake News« oder »Haßmails« und wird nicht nur politisch, sondern auch strafrechtlich verfolgt.

Gleichzeitig werden *Erdoğan* und *Trump*, bei Bedarf *Orbán* in Ungarn und *Kaczyński* bzw. *Szydło* in Polen als das wirklich Bedrohliche für unsere Freiheit dämonisiert. Wenn das alles nicht hilft – *Putin* geht immer!

Die Flüchtlingskrise gibt es »per Order di Mufti« schon seit vielen Monaten nicht mehr, die Integration läuft wie geschmiert, kriminelle ausländische Familienclans schließen sich der Heilsarmee an und wir haben so viele Steuerüberschüsse, daß wir noch einige Millionen Schwarzafrikaner in unsere Sozialsysteme aufnehmen können.

Die Wirklichkeit sieht anders aus!

Gelder für Griechenland und absehbar auch in naher Zukunft für Italien werden ohne große Diskussion im Bundestag durchgewunken. Bloß nicht an die große Glocke hängen, es könnte das Wahlvolk verschrecken.

Die Schulden der südeuropäischen Länder werden zukünftig auf den Rest Europas »verteilt« werden. Der hochgelobte Staatspräsident Frankreichs, *Emmanuel Macron*, will auf Kosten der deutschen Steuerzahler die EU sanieren und politisch neu aufstellen.

Der Justizminister *Heiko Maas* führt Maulkorberlasse ein unter dem Deckmantel, die Demokratie schützen zu wollen und die Massenmedien klatschen Beifall, weil es ja »gegen rechts« geht.

Unser Rechtsstaat geht Stück für Stück den Bach runter, das brave Wahlvolk steht mit staunenden Augen dabei und bewundert noch, mit welcher Fingerfertigkeit unsere Politiker die Probleme unserer Zeit verstecken, weglügen oder bei Bedarf auch wieder hervorzaubern, wenn es ihren Interessen dient.

Der 100-Prozent-Martin-Schulz entdeckt in seiner Verzweiflung, noch grade rechtzeitig vor der Wahl, eine neue anstehende Flüchtlingskrise für Europa. Wie gesagt, wenn es paßt, werden sogar Probleme benannt.

Nur für Lösungen sind diese Politiker nicht geeignet. Sie sind weder willens noch befähigt, Deutschlands Zukunft zu gestalten.

Bei der anstehenden Bundestagswahl haben wir die Gelegenheit, sie dahin zu schicken, wo sie hingehören: In das politische Nirwana!

AB INS NIRWANA!

Wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt

So kennen wir die Bundeskanzlerin: Immer das Fähnchen zur rechten Zeit in die passende Windrichtung gehalten – schon ist die Wiederwahl gesichert.

Nachdem FDP und Grüne die »Ehe für alle« in ihr Wahlprogramm aufgenommen hatten, wurde die Luft für die CDU dünn. Da beide Parteien nach der Bundestagswahl für eine Koalition in Frage kommen, mußten schnell Fakten geschaffen werden.

In ihrer sehr speziellen Art wusch sich Frau *Merkel* wieder einmal die Hände, ohne naß zu werden. Sie stilisierte die Abstimmung über die »Ehe für alle« (oder war es die »Ehe mit allen«?) auch für die Abgeordneten von CDU und CSU zur Gewissensfrage hoch.

Nach welchen Kriterien stimmen die Abgeordneten denn sonst ab?

In Artikel 38 GG heißt es eindeutig: Die Abgeordneten *»sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.«*

Warum wurde das »Gewissen« ausgerechnet bei dieser Abstimmung besonders betont?

Das Grundgesetz wird ausgehöhlt, die Demokratie geht den Bach runter und die Parlamentarier feiern mit Konfetti im Deutschen Bundestag die »Ehe für alle«.

Wir können jetzt schon darauf gespannt sein, welche gelb/grüne Kröten CDU und CSU nach der Wahl noch schlucken werden, nur um an der Macht zu bleiben.

Das Boot ist übevoll

Nur am Rande und in Nebensätzen erfahren wir, daß jeden Tag tausende männliche Schwarzafrikaner an den Küsten Italiens anlanden. Das Szenario gleicht dem im Jahr 2015. Auch damals wurde so lange vom Rest Europas weggeschaut, bis der Flüchtlingsstrom, hier noch über die Balkanroute, sich in Richtung Deutschland ergoß. Nur diesmal haben wir es mit einer noch dramatischeren Situation zu tun.

Während in den vergangenen Jahren ein Teil der Migranten noch Flüchtlinge waren, haben wir es heute fast nur noch mit männlichen Afrikanern zu tun, die weder verfolgt werden noch aus Kriegsgebieten flüchten. Es handelt sich um Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen in das gelobte Europa, hier vor allem in das Wirtschaftswunderland Deutschland, strömen. Millionen weiterer Menschen warten an den Küsten Afrikas, um nach Europa überzusetzen.

Dabei helfen ihnen nicht nur die Schlepper, sondern vor allem eine Vielzahl von Schiffen sogenannter NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen).

Diese patrouillieren vor der libyschen Küste und transportieren die Flüchtlinge, vergleichbar mit einem gut funktionierenden Taxiunternehmen, direkt in die italienischen Häfen.

Italien ist mit diesem Problem überfordert und braucht Hilfe vom Rest der EU – aber bitte erst nach der Wahl!

Nach der Bundestagswahl am 24. September werden unsere Politiker dieses Problem wieder entdecken und eine neue Flüchtlingswelle nach Deutschland wird einsetzen. Im Moment sind sich alle »europäischen Demokraten« einig, daß es *Merkel* nicht in den Kram paßt, wenn bereits jetzt Züge voll mit Wirtschaftsflüchtlingen aus Afrika bei uns einträfen.

So lange wird nicht nur das Problem »versteckt«, sondern auch

die Flüchtlinge selbst. Bilder oder gar Reportagen über die »Flüchtlings«-Lager in Italien würden die »Wahlharmonie« stören.

Afrikahilfe – ein Faß ohne Boden

Unabhängig von diesem absehbaren Desaster werden weitere immense Kosten auf uns zu kommen. Es soll ein milliardenschwerer »Marshallplan mit Afrika« ins Leben gerufen werden, mit der Zielrichtung, den Menschen in Afrika eine Zukunft zu ermöglichen. Wer dafür die Hauptlast zu tragen hat, ist nicht schwer zu erraten. Allein die Bezeichnung »Marshallplan mit Afrika« ist schon Etikettenschwindel. Die amerikanische Milliardenhilfe für Europa betrug insgesamt rund 13 Milliarden Dollar (entspricht heute etwa 130 Milliarden Dollar). Das Geld wurde sinnvoll in infrastrukturelle Maßnahmen investiert und floß nicht auf Nimmerwiedersehen in dunkle Kanäle.

Es sei nur am Rande erwähnt, daß Deutschland das einzige europäische Land ist, das seine diesbezüglichen Schulden auf Heller und Pfennig zurückgezahlt hat.

Es gibt keine Gesamtzahl über die seit 50 Jahren andauernde weltweite Hilfe für Afrika, aber sie dürfte ein Vielfaches dessen ausmachen, was vor 70 Jahren an Geldern nach Europa floß, und dies in Afrika ohne sichtbare Erfolge.

Solange durch unselige Freihandelsabkommen verpackte Treibhaustomaten oder Tütensuppen in afrikanischen Slums billiger zu haben sind als selbst angebautes Obst und Gemüse, wird sich nichts ändern. Aber diese Staaten waren beim G20-Gipfel ja nicht vertreten.

Man muß kein Prophet sein, um zu wissen, daß der Steuerzahler nach der Wahl, alleine für die Afrikahilfe, wieder kräftig zur Kasse gebeten wird.

Rechtfertigen und verdrehen: Die Paradedisziplinen der Linken

Die Gewaltausbrüche in Hamburg kamen nicht wirklich überraschend. Die verschiedenen mehr oder weniger geheimen Dienste in der BRD haben während auf die Gefahr hingewiesen. Nur der Erste Bürgermeister Hamburgs, *Olaf Scholz* (SPD), zeigte sich unwissend.

Um deutlich zu machen, wie gut Hamburg auf das G20-Treffen vorbereitet sei, wies er im Juni gegenüber der *Deutschen Presseagentur* darauf hin, daß Hamburg ja auch jährlich den Hafengeburtstag ausrichte (toler Vergleich). Und weiter: »Es wird Leute geben, die sich am 9. Juli wundern werden, daß der Gipfel schon vorbei ist.« Ist das Ahnungslosigkeit oder bewußte Täuschung der Öffentlichkeit?

Ein Bürgermeister, der in seiner Stadt rechtsfreie Räume zuläßt (siehe Seite 7) und der zum 1. Mai schon froh darüber ist, daß der linke Mob nicht die ganze Stadt abfackelt, wird jetzt von der linken Gewalt überrascht?

Während die sogenannten Mächtigen dieser Welt sich satt und zufrieden in der Elbphilharmonie Beethovens Neunte anhörten (mittendrin Bürgermeister *Scholz*), herrschten in Hamburg bürgerkriegsähnliche Zustände.

Eine Polizeiführung, die seit Jahren politisch kastriert wird, schwankte zwischen Abwarten und Angreifen und überließ so dem Mob Teile Hamburgs. Die Bevölkerung Hamburgs mußte dafür büßen, daß eine Frau *Merkel* sich kurz vor der Wahl noch als Weltenretterin profilieren wollte und *Olaf Scholz* Hamburg als den Nabel der Welt präsentierte.

Beides ging kräftig in die Hose. Der G20-Gipfel war eine Farce, auf der sich 20 Politiker durch



Foto: kremlin.ru / CC BY 4.0



Foto: JauWatch / flickr / CC BY-SA 2.0

die Sitzungen palaverten, sich wichtigmachten, Dynamik und gutes Miteinander den Menschen versuchten vorzugaukeln und nichts, aber wirklich auch nichts, für das Wohlergehen der ihnen anvertrauten Völker erreichten.

Es ist immer wieder die gleiche Masche: Mit viel Tamtam und den von den Medien geworfenen Nebelkerzen wird der Öffentlichkeit ein Schmierentheater geboten, das an Erbärmlichkeit kaum zu überbieten ist.

Mit anderen Worten, die Veranstaltung war so überflüssig wie ein Kropf! Viel interessanter

aber ist, wie sich die bundesrepublikanischen Linken aus der Gewaltnummer ihrer Straßenkämpfer nun herauslügen.

Bezeichnenderweise preschte die SPD-Frohnatur *Ralf Stegner* auf *Twitter* vor und setzte damit schon einmal ein Zeichen:

»Anständige Linke hatten noch nie was mit Gewalttätern gemein. Bei Rechten gehört Gewalt dagegen zur politischen DNA.«

Das nennt man mal eine gekonnte Ansage. Mit zwei kurzen Sätzen die Linken reingewaschen und den Rechten gleich eine reingewürgt.

Aber es kommt noch besser:
»Am Ende profitiert von Gewalt politische Rechte, deren Ziel es ist, das zu diskreditieren, wofür friedliche Globalisierungskritiker kämpfen! Gewalttäter von Hamburg werden möglicherweise zweifelhaftes Verdienst haben, Rechtsruck verursacht zu haben, der Köln in den Schatten stellt!«

Damit war die Marschrichtung vorgegeben: Die Gewalt in Hamburg hat nichts mit »links« zu tun! Ausgerechnet grüne und linke Genossen, die sich bisher nicht zu schade waren, gemeinsam mit den Autonomen zu demonstrieren und dabei klammheimliche Freude zu empfinden, wenn diese Chaoten in Straßenschlachten gegen friedlich demonstrierende Bürger Brandflaschen und Steine werfen oder Straßensperren errichten. Sie sind die nützlichen Idioten, die angeblich für Freiheit, Recht und Demokratie eintreten. Wenn es nicht so maßlos traurig wäre, könnte man darüber lachen.

Zum Lachen ist es allerdings nicht mehr, wenn man hört, wie der Rechtsstaat kapituliert:

Anlässlich des G20-Treffens in Hamburg hatte die Bundeswehr für die Soldaten Uniformverbot angeordnet. Außerdem wurden für die Bundeswehrstandorte strenge Sicherheitsvorschriften verhängt.

In ihrer sehr speziellen Vorstellung von Fürsorge hatte Frau von der Leyen Sorge, *»daß Soldaten in Uniform, die sich während der angekündigten Proteste im Stadtgebiet bewegen, Ziel spontaner Angriffe gewaltbereiter linksextremistischer Protestteilnehmer werden könnten«*. Auch für die Standorte und Kasernen wurde erhöhte Alarmbereitschaft befohlen.

Im Klartext: Die Bundeswehr hatte alle Hände voll zu tun, sich selbst zu schützen. Jämmerlicher geht es nicht mehr!



Schon das Idol der 68er-Bewegung, Rudi Dutschke, wußte:

»Die Möglichkeit, die sich durch größere Demonstrationen ergibt, ist unter allen Umständen auszunutzen. Genehmigte Demonstrationen müssen in die Illegalität überführt werden. Die Konfrontation mit der Staatsgewalt ist zu suchen und unbedingt erforderlich.«

Aber auch die Linkschaoten der heutigen Krawalle unterlegen ihr Tun mit schwülstigen Rechtfertigungen:

»Es hat sich gezeigt, wie vielfältige und unterschiedliche Formen des Widerstands sich zu einer erfolgreichen Gesamtdynamik entwickeln können.«

»Die politische und polizeiliche Strategie, den Protest auf ein zahnloses, harmloses, als Demonstration der Meinungsvielfalt und Freiheit zu vereinnahmendes Maß zurückzustutzen, ist ins Leere gelaufen. Zielgerichtete Militanz ist für uns eine Option und ein Mittel, um über eine rein symbolische Protestform hinauszukommen.«

Das sind doch mal deutliche Worte! Wie wir aber von den Genossen jedweder Schattierung hören, hat dies alles jedoch nichts mit »links« zu tun.

In dem verzweifelten Bemühen, alle Schuld von sich zu weisen, hat unser famoser Justizminister Heiko Maas das richtige Rezept gegen den Linksterror gefunden:

In einem Bild-Gespräch konnte er sich sehr wohl vorstellen, daß es in Zukunft auch Konzerte »Rock gegen Links« geben könne.

Allerdings gab er zu Recht zu bedenken, welche Künstler sich dafür wohl finden ließen.

Dies ist eine berechtigte Frage, wenn man überlegt, wie linksgrün versifft unsere sogenannte Kulturszene ist.

Aber der Minister wird schon auf dem richtigen Weg sein: Er will weiter die Links-Chaoten mit Wattebäuschchen bekämpfen, da die jungen, ungestümen Straßenkämpfer irgendwann vielleicht einmal in seiner Partei oder beim gewünschten Koalitionspartner Die Linke landen, die

jetzt schon mit den Linksautonomen offen sympathisiert.

Nachdem deren Parteichefin *Katja Kipping* erst von »marodierenden Polizeihundertschaften« gesprochen hatte, nahm sie dies mit Bedauern zurück. Klar doch, wie blöd müßte man denn auch sein, kurz vor der Wahl die bürgerliche Wählerklientel zu verschrecken. Allerdings hätte die Polizeiführung laut *Kipping* zur Eskalation mit beigetragen.

Auch gut, so wird die Marschrichtung vorgegeben und alle Parteiflügel werden zufriedengestellt.

Da loben wir uns doch den Rechtsanwalt der »Roten Flora«, *Andreas Beuth*. Der spricht wenigstens Klartext und läßt keinen Zweifel daran, was der verhaßten Bourgeoisie blüht: »Wir haben gewisse Sympathien für solche Aktionen [gemeint ist die Gewalt im Schanzenviertel]. Aber bitte doch nicht im eigenen Viertel, wo wir wohnen. Warum nicht in Pöselndorf oder Blankenese?«

Das wird die links-grüne Schickeria dort aber gar nicht gerne hören. Salonbolschewismus ja – aber doch bitte keine linke Randalie vor der eigenen Haustür!

Genau diese Verlogenheit und dieses »ach-wie-sind-wir-doch-so-tolerant« unserer sogenannten Eliten hat ursächlich dazu beigetragen, daß unser Land ein Bild der Erbärmlichkeit abgibt.

Die Gewaltexzesse in Hamburg sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik, die systematisch alle die Werte zerstörte, in den Dreck zog oder lächerlich machte, die unserem Volk in aller Welt Wertschätzung und Anerkennung brachten.

Unser Land verkommt zur Lachnummer!

Die »Rote Flora«

Durch die schweren Krawalle im Hamburger Stadtteil Sternschanze anlässlich des G20-Gipfels ist auch die »Rote Flora« wieder in den Fokus der Öffentlichkeit und unserer Politiker gerückt.

Rechtzeitig vor der Bundestwahl entdecken die »Konservativen«, daß dort seit 1989 ein rechtsfreier Raum entstanden ist. Welch eine Überraschung!

Neben anderen besetzten Gebäuden der Hafensstraße haben sich hier die sogenannten Autonomen eingenistet, um ihren Kampf gegen den Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft zu planen und zu organisieren.

Das »Floratheater« hatte seit vielen Jahrzehnten eine wechselvolle Geschichte hinter sich, bevor die Stadt Hamburg 1989 linken Initiativen einen Nutzungsvertrag anbot. Im gleichen Jahr wurde das Gebäude als besetzt erklärt, und in »Selbstverwaltung« organisiert.

Nachdem die Besetzung bereits elf Jahre anhielt, versuchte der Senat eine vertragliche Absicherung der Gebäudenutzung zu erreichen. Die Verhandlungen wurden von den

Besetzern abgebrochen, das Gebäude verkauft. Der neue Besitzer konnte das Gebäude jedoch nicht ohne Zustimmung des Senats weiterveräußern, da eine kommunale Nutzung vertraglich vereinbart wurde.

Im Klartext: Der Eigentümer konnte nicht frei über das Gebäude verfügen, da die Stadt eine panische Angst davor hatte, daß es bei einer Neunutzung und der damit verbundenen Zwangsäumung zu unabsehbaren Krawallen kommen könnte. Also kneift der rot-grüne Senat, wie vor ihm alle anderen politisch Verantwortlichen.

Ende Oktober 2014, nach langem Rumgezerre, wurde die »Rote Flora« an die *Lawaetz-Stiftung* verkauft, die für die Stadt den Gebäudekomplex treuhänderisch verwaltet. Sie legt Wert darauf, daß sie auf die Nutzung des Gebäudes ausdrücklich keinen Einfluß ausübt.

Seit nun fast 30 Jahren gehen von diesem »Autonomen Zentrum« Haß und Gewalt aus. Die Politik schaut aus Feigheit und mit stillschweigendem Einverständnis zu und läßt zu, daß diese Chaoten einen rechtsfreien Raum schaffen, in dem deutsche Gesetze komplett außer Kraft gesetzt werden.

Das Horten von Molotowcocktails und Wurfgeschossen gehört ebenfalls zum Alltag dieser linken »Freiheitskämpfer«.

Man stelle sich den Aufschrei von Medien und Politikern vor, wenn Vergleichbares im »rechten Spektrum« geschehen würde: Ein vom Steuerzahler gesponsertes Gebäude, in dem »Autonome Rechte« leben, bundesweite Gewaltdemonstrationen planen, kriminellen Gesinnungsgenossen Unterschlupf gewähren, Haßparolen an die Hauswand sprühen oder fremdenfeindliche Transparente installieren.

Da auch die »Roten« nicht nur von Luft, Haß und unseren Steuergeldern leben, gibt es noch diverse Einnahmequellen. Dazu gehören Veranstaltungen von linken Künstlern und der Verkauf von Speisen und Getränken. Auch ein 1993 gegründeter Förderverein und die Unterstützung durch den benachbarten Fußballverein FC St. Pauli sorgen für den notwendigen Geldfluß.

Der Förderverein der »Roten Flora« ist sogar staatlich anerkannt, das bedeutet, daß Spenden steuerlich absetzbar sind. Es braucht sich niemand zu wundern, wenn alles bleibt wie gewohnt.

Links sind immer die Guten!

»Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Problem«

Familienministerin *Manuela Schwesig* (2014)



Foto: Olaf Kosinsky/Skillshare.eu / CC BY-SA 3.0 DE (bearbeitet)

Der Linksterror anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg kam nicht wie ein Naturereignis über uns, sondern ist das Ergebnis einer seit Jahrzehnten andauernden Verharmlosung bzw. Förderung der linken Subkultur durch unsere Politiker und die Medien.

Links ist human, progressiv, demokratisch und durch den Marxismus auch noch wissenschaftlich untermauert. Dieser Irrsinn wird an unseren Schulen und Universitäten jungen Menschen eingetrichtert. Sozialismus wird mit Marxismus gleichgesetzt und dieser Etikettenschwindel ermöglicht es, diese menschenfeindliche Ideologie breiten Bevölkerungsschichten schmackhaft zu machen.

Allerdings gehören zu diesem Vorhaben immer mehrere. Diese finden sich in den Medien, leider auch verstärkt in der freien Wirtschaft, aber vor allem in der Politik.

Als *Manuela Schwesig* (SPD) im Dezember 2013 das Familienministerium von ihrer Vorgängerin *Kristina Schröder* (CDU) übernahm, war es ihr ein Herzensanliegen, die Programme ihrer Vorgängerin gegen Linksex-

tremismus zu stoppen und dafür den Kampf »gegen Rechts« unter dem vollmundigen Namen »Demokratie leben!« aufzunehmen. Dieses Programm startete im Januar 2015 und hatte den Schwerpunkt »lokale Partnerschaften für Demokratie« zu schaffen, auszubauen und vor allem mit Steuergeldern zu subventionieren.

Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits 170 sogenannte »Lokale Aktionspläne für Demokratie«. Diese Zahl hat sich vervielfacht (genaue Zahlen gibt es nicht), unter anderem dank der Bundesprogramme »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« und »kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus«. »Gegen rechts« funktioniert immer und löst ähnlich wie beim berühmten pawlowschen Hund »Geiferattacken« aus.

Mit einem Jahres-Etat von 100 Millionen Euro, die zu 80 Prozent gegen den »Rechtsextremismus« eingesetzt werden (der Rest verteilt sich auf »Linksextremismus« und »Islamismus«) lassen sich prächtig die sonst arbeitslosen und zum Teil auch arbeitsscheuen Soziologen, Pädagogen und Sozialarbeiter für

den Kampf »gegen rechts« hervorragend beschäftigen.

Mit dem Totschlag-Argument »antidemokratisch« lassen sich alle Maßnahmen begründen, die sich letztendlich genau gegen unsere Demokratie richten.

Es ist infam, wie die *Stegners*, *Maasens*, *Schwesigs*, *Gabriels* und ihre willigen Helfershelfer in den Medien unter dem Deckmantel, die Demokratie retten zu wollen, genau diese abbauen.

Und wer schaut zu – die CDU!

Gute Nacht, Rechtsstaat!

Hamburgs Erstem Bürgermeister *Olaf Scholz* (SPD) dämmerte es nach dem G20-Chaos, daß dringend etwas geschehen müsse: Gleichzeitig aber warnte er vor »Schnellschüssen« wie Schließung, Räumung oder ähnlichem. Und der bundesweit bekannte Kriminologe *Christian Pfeiffer* pflichtete ihm bei. Nur das nicht! Das würde »einen massiven Kampf auslösen«, warnte der. So weit sind wir! Aufwachen ist angesagt!

AUFWACHEN BITTE!



Wahlfälschung?

Gibt es das nicht nur in Afrika?

Wahlfälschung? Wahlbetrug? So etwas gibt es doch nicht in Deutschland, sondern nur in totalitären Staaten. Weit gefehlt, wie einige Beispiele beweisen:

Politiker der »Linken« wegen Wahlfälschung verurteilt

Zwei Politikern der Partei »Die Linke« wird vorgeworfen, mehrere Rumänen bei der Stadtratswahl in Grafenwöhr (Oberpfalz)

beeinflusst zu haben. Die Rumänen wohnten in Grafenwöhr und waren wahlberechtigt, hatten aber keinen Bezug zur Stadtratswahl, weil sie nicht einmal deutsch sprachen. Die beiden Angeklagten nutzten dabei ihre Rolle als Vermittler/Rechtsberater aus. Ein Angeklagter wurde im Oktober 2016 rechtskräftig zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten verurteilt. Das Verfahren gegen den zweiten Beschuldigten, einen 45jährigen Stadtrat, ist noch anhängig.

Polizei ermittelt wegen Wahlfälschung in NRW

Bei der Landtagswahl in NRW hat es in rund 50 von insgesamt mehr als 15.000 Stimmbezirken Unregelmäßigkeiten zu Lasten der AfD gegeben. Wie der Landesausschuß in öffentlicher Sitzung im Düsseldorfer Landtag mitteilte, mußte die Zahl der AfD-Zweitstimmen nach Überprüfung der Ergebnisse um 2.204 Stimmen nach oben korrigiert werden. Die Polizei ermittelt.

Wahlfälschung in Bayern

Wegen Wahlfälschung werden sich fünf Verdächtige vor Gericht verantworten müssen. Bei den Kommunalwahlen im März 2014 wurden in Geiselhöring (Bayern) mehrere hundert Stimmzettel aus der Briefwahl manipuliert. Die Stimmen waren im Namen von rumänischen und polnischen Erntehelfern abgegeben worden, die auf dem Hof eines Großbauern gemeldet waren. Die Ehefrau des Bauern ist eine ehemalige CSU-Stadträtin.

Ex-CDU-Stadtrat muß wegen Wahlfälschung ins Gefängnis

Holger G., ehemaliger CDU-Stadtrat in Stendal, muß zweieinhalb Jahre ins Gefängnis. Das Gericht befand ihn der Wahl- und Urkundenfälschung in der sogenannten »Stendaler Briefwahlfälschung« für schuldig. Außerdem bescheinigte ihm das Gericht eine hohe kriminelle Energie und ging davon aus, daß es weitere Hinter-

§ 107a StGB

(Wahlfälschung):

(1) Wer unbefugt wählt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Wahl herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

MELDEN SIE SICH ALS WAHLHELPER!

männer in der CDU gibt. In dem Verfahren warf ihm die Staatsanwaltschaft vor, bis zu 1.000 Stimmen bei der Kommunalwahl 2014 manipuliert zu haben. 299 Fälle von Urkundenfälschung und 150 Fälle von Wahlfälschung wurden in dem Verfahren verhandelt.

Neuwahlen und Ermittlungen gegen Mitglieder der »Linken«

Nachdem »Die Linke« bei der Stadtratswahl in Quakenbrück ein ungewöhnlich hohes Ergebnis von 21,55 Prozent erzielte, verdichteten sich die Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bei der Briefwahl. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf wegen des Verdachts der Wahlfälschung und durchsuchte die Wohnungen von acht Verdächtigen, meist Mitgliedern der »Linken« und deren Angehörige. Im November 2016 stimmte der Rat der Stadt einstimmig dafür, die Briefwahl für ungültig zu erklären. Am 5.3.2017 mußten Neuwahlen erfolgen. Die Ermittlungen laufen.



Besuche uns auch auf Facebook:
facebook.com/UN.Nachrichten

SPD-Mitglied wegen Wahlfälschung verurteilt

Wegen Wahlfälschung in acht Fällen und der Verletzung des Wahlgeheimnisses wurde ein Mitglied der Pirmasenser SPD zu einer Geldstrafe von 2.400 Euro verurteilt. Die Verurteilte hatte wahlberechtigten Bürgern Briefwahlunterlagen überbracht, dabei soll sie so lange im Raum geblieben sein, bis diese ihre Stimmzettel ausgefüllt hatten. In manchen Fällen soll sie persönlich die Stimmzettel in die Umschläge gepackt haben.

Sensationell: 71,26 Prozent ungültige Stimmen

Es klingt wie ein Scherz, allerdings waren die Zahlen so auffällig, daß es zu einer Neuauszählung kam. Aus dem Wahllokal an der Kirchscheule in Bochum-Langendreer wurden die Ergebnisse der Bundestagswahl vom 22.9.2013 aus dem Stimmbezirk 4401 an das Wahlamt übermittelt.

Von den 689 abgegebenen Stimmen waren 491 Zweitstimmen

ungültig: satte 71,26 Prozent. Das führte zu dem Ergebnis, daß die Grünen mit 23,74 Prozent Wahlsieger im Stimmbezirk vor der Linken (17,17 Prozent) und der SPD (16,67 Prozent) lagen. Die CDU fand sich unter den Sonstigen wieder.

Historisches: Wahlen 20 Jahre lang gefälscht

Am 3.2.2002 gab es eine massive Manipulation der Stadtrats- und Bürgermeisterwahlen in Dachau. Einer der Wahlfälscher gab später zu, seit zwanzig Jahren die Wahlen zu fälschen. Der frühere CSU-Stadtrat Wolfgang A. wurde zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Angesichts dieser Meldungen mag das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit von Wahlauswertungen schwinden. Jedoch hat jeder die Möglichkeit, Wahlmanipulationen zu erschweren: alle Stimmauszählungen sind laut § 54 Bundeswahlordnung öffentlich und damit für Jedermann mitverfolgbar, man muß nur wollen.

Melden Sie sich als Wahlhelfer oder Wahlbeobachter!

Liebe Leser, ganz privat:

SIE, DU und WIR sind nicht allein!

Freudige und aufbauende Nachrichten muß man auch mal weitergeben! So bedanken wir uns hiermit bei allen, die unserem Aufruf gefolgt sind, unsere diesjährige Ferienzeitschrift, diesmal »UN-Wahl-Sonderausgabe« genannt, in Mengen an ganz normale, sonst unpolitische Mitbürger zu verteilen.

Kofferraumweise liefern wir die Pakete seit dem Erscheinen zur Post, eine zweite Auflage ist schon gedruckt – Ihnen sei Dank!

Weniger erfreulich, aber wie das Amen in der Kirche zu erwarten: Nachdem man die NPD für »verfassungsfeindlich« erklärt hat, war und ist nun die AfD dran.

Kurz vor Drucklegung dieser UN meldeten die Medien, der Landeswahlausschuß prüfe die Wahlzulassung der AfD in NRW. Es habe Unregelmäßigkeiten bei der Kandidatenwahl gegeben.

Wenn Nordrhein-Westfalen ausfiele, wäre das Ziel erreicht, die AfD bundesweit unter fünf Prozent zu drücken.

Nicht ohne Grund haben wir in der »UN-Wahl-Sonderausgabe« wohlüberlegt keine Partei genannt, sondern nur empfohlen, nicht die etablierten Parteien, sondern »Sonstige« zu wählen!

Solche und ähnliche Manöver waren zu erwarten.

Ihre UN-Mitarbeiter



NACHBESTELLEN UND WEITERGEBEN!

Asylklagen-Flut überlastet Gerichte



© stockWERK / fotolia

Die Verwaltungsgerichte werden derzeit mit Klagen von »Flüchtlingen« geflutet.

»Wir stoßen derzeit komplett an unsere Grenzen«, so Robert Seegmüller, Vorsitzender des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter, laut FOCUS Online. »Eine derartige Zahl an Verfahren kann die Verwaltungsgerichtsbarkeit auf Dauer nicht aushalten.« Aktuell seien rund 250.000 Gerichtsverfahren von angeblich Schutzsuchenden anhängig.

Diese wollen die negativen Asylbescheide des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht hinnehmen und wollen nicht akzeptieren, daß sie sich nicht in der sozialen Hängematte Deutschlands ausruhen können.

Es fehlen jedoch Richter und Personal, teilweise auch Räume und die entsprechenden Kapazitäten. Seegmüller: »Die Justizverwaltungen sind zwar gewillt, aufzustocken, aber sie finden das dringend benötigte Personal immer schwerer«.

Die hohe Zahl der Verfahren liegt aber auch an immer neuen Finten und durch die Asyllobby geförderten Tricks, mit denen die »Flüchtlinge« versuchen, in Deutschland ein angenehmeres Leben führen zu können

Sichere Drittländer, aus denen fast alle eingereist sind und in denen keinerlei Verfolgung droht, stehen aber nicht auf dem Plan der Kläger, gibt es dort doch kaum die sozialen Zuwendungen, mit denen sie in Deutschland rechnen können.

Visum trotz Abschiebung

1998 reiste ein nepalesisches Paar nach Deutschland ein und stellte unter falschen Namen Asylanträge. Nachdem diese 15 Jahre lang unsere Justiz am Gängelband herumgeführt haben und dem Steuerzahler nicht unerhebliche Mittel entzogen haben dürften, wurden beide mitsamt der inzwischen geborenen Tochter Ende Mai 2017 abgeschoben.

Nun die Rolle rückwärts: Am 26.7.2017 meldete BBC, daß die Tochter ein sogenanntes »Schüler austausch-Visum« erhält und wieder nach Deutschland einreisen darf, mitsamt Familie.

Der Petitionsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages hatte sich für die Rückkehr eingesetzt und damit entschieden, daß alle Abschiebebemühungen für die Katz waren.

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt
 Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) _____

Name des Kreditinstituts _____

BIC (SWIFT) _____

IBAN _____

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.
- Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

 Datum, Unterschrift

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

- einmalig jährlich
- halbjährlich zweimonatlich
- vierteljährlich monatlich

ab (Datum): _____

 Datum, Unterschrift

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

»Da sehen wir in der Tat die Gefahr, daß Menschen, die vorgeben zu fliehen, Menschen, die vorgeben verfolgt zu werden, hier dann das System ausnutzen, indem sie eben über Selbstbezichtigungen Abschiebehindernisse schaffen.«

Jens Gnisa, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes
ARD, 18.7.2017

Bleiberecht für Kopfabsteiger

Die Mitgliedschaft in einer islamistischen Terrorgruppe bewahrt »Flüchtlinge« vor einer Abschiebung in ihre Herkunftsländer.

Sie glauben das nicht? Das Rezept, wie man sich in der Bundesrepublik ein sicheres Wohlergehen sichern kann, macht in Asylbewerberkreisen die Runde. Ein »Smartphone«, mit dem man sich die Ratschläge herunterladen kann, hat ja im Gegensatz zu gültigen Ausweispapieren jeder aus dem Meer gefischte Mensch, »der neu hinzugekommen ist« (Zitat Merkel).

Am 18.7.2017 erklärte »report München« in der ARD allen, die Asylgründe suchen, wie das geht:

Man behauptet und stellt eine Selbstanzeige, daß man in Syrien oder Irak an Morden, Tötungen und Vergewaltigungen im Namen des IS-Terrors beteiligt gewesen sei. Also muß die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren einleiten.

Allein in Schleswig-Holstein und Hamburg sind zur Zeit 98 solcher Verfahren anhängig. Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Jens Gnisa, erwartet bundesweit »mehrere tausend Fälle«, die das Justizsystem überfordern würden, das schon heute »bis zum Rand belastet« sei.

Ermittlungen in den betreffenden Ländern seien aber kaum möglich, die meisten Verfahren würden deshalb eingestellt. Abschieben kann man solche Selbstbezügler aber auch nicht, da ihnen dort möglicherweise die Todesstrafe drohe, wenn ihre Behauptungen der Wahrheit entsprächen.

ALSO: Willkommen in unserem Sozialsystem!

**Sie erhalten nur ein UN-Heft?
Und was weiß Ihr Nachbar?
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5
oder 10 Hefte monatlich!**

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - überweise ich auf nebenstehendes Konto.

Name/Anschrift: _____

Geb. am/Beruf: _____ Telefon: _____

Ihre UN-Anschriftenummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie diese Nummer direkt über Ihrer Anschrift zwischen ## und #)

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen! Alle Texte dürfen, möglichst mit Quellenangabe, weiterverbreitet werden.

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen